Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 15. Dezember 1925
Dienstag Morgen

Chefredakteur Dr Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30–32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979–5999. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatlicher Bezugspreis 4,35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen:
Welt und Werk * Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltverkehr * DAZ im Bilde.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :–: :–: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :–: :–:

64. Jahrgang
15. 12. m Nr. 588

Kochs erste Verhandlungen

Vorbereitung eines Arbeitsprogramms.

Der demokratische Parteiführer Koch hat Montag nachmittag mit den für eine große Koalition in Frage kommenden Parteien zum erstenmal flüchtig Fühlung genommen und ist nirgendwo auf Ablehnung der Verhandlungsbereitschaft gestoßen. Er wird nunmehr ein Arbeitsprogramm ausarbeiten und will es heute den Parteiführern vorlegen.

Die demokratische Fraktion hat Kochs Bereitwilligkeit, die Regierungsbildung zu versuchen, gebilligt. Ebenso sagten ihm die Vertreter des Zentrums ihre Unterstützung zu. Der Fraktionsvorsitzende Fehrenbach hat im Laufe des Tages bei der Volkspartei darauf hingewirkt, sich an dem Versuch einer Großen Koalition zu beteiligen. Die Wirtschaftliche Vereinigung hat eine Beteiligung an der Regierung abgelehnt und sich eine jeweilige Stellungnahme vorbehalten, vor allem nach Programm und Zusammensetzung der Regierung. Die Bayerische Volkspartei erklärte sich bereit, bei den Verhandlungen mitzuwirken. Die Sozialdemokraten verwiesen auf die Tatsache, daß ihr Arbeitsprogramm noch immer keine Stellungnahme seitens der anderen Parteien gefunden habe; sie deuteten aber Herrn Koch an, daß dieses Programm Erörterungsgrundlage sein solle und sie in strittigen Punkten nachgeben könnten, wenn er die Verhandlungen führe. Mit Rücksicht darauf drückten sie den Wunsch aus, daß Koch sein Arbeitsprogramm den Parteien einstweilen nur zur vertraulichen Stellungnahme unterbreiten möge. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei erklärten, daß auch sie bereit seien, an den Verhandlungen unter der Führung Kochs teilzunehmen; sie äußerten aber Bedenken hinsichtlich des Programms der Sozialdemokraten.

Annahme des Bischoftitels.

Durch die Generalsynode in erster Lesung.

In der Generalsynode erfolgte nach fünfstündiger außerordentlich bewegter Aussprache, in der sich unter starker Anteilnahme des Hauses und der Tribünen 18 Redner beteiligten, die Abstimmung über die Frage der neuen Amtsbezeichnung der neuen Generalsuperintendenten. Angesichts der außerordentlichen Tragweite der Entscheidung wurde durch Hammelsprung abgestimmt. Der Präsident verkündete dann, daß für und gegen den Antrag des Ausschusses auf Vertagung je 106 Stimmen abgegeben sind. Damit war der Antrag des Verfassungsausschusses auf Vertagung der Bischofsfrage abgelehnt.

Die ungewöhnliche Situation rief eine ausgedehnte Geschäftsordnungsdebatte hervor, als deren Ergebnis beschlossen wurde, in die Abstimmung über die weiteren vorliegenden Anträge einzutreten.

Mit Stimmenmehrheit wurde das von der Gruppe der Evangelisch-Lutherischen beantragte, von einem Antrage D. Deißmanns modifizierte erste Kirchengesetz der neuverfaßten Kirche in erster Lesung angenommen.

Das Gesetz bestimmt, daß den Generalsuperintendenten gemäß Artikel 111 Absatz 2 der Verfassung die amtliche Bezeichnung Bischof beigelegt wird. Die Provinzialkirchenräte haben das Recht, innerhalb von zwei Monaten nach Verkündigung des Gesetzes die einstweilige Fortdauer der seitherigen Amtsbezeichnung innerhalb ihrer Kirchenprovinz zu beschließen. Dieser Beschluß bedarf der Bestätigung durch die Provinzialsynode. Der angenommene Gesetzentwurf geht nun zur nochmaligen Bearbeitung an den Verfassungsausschuß zurück. Am heutigen Dienstag wird die zweite Lesung stattfinden.

Geheimes Konsistorium.

Eine Rede des Papstes.

fr. **Mailand**, 14. 12. (Eigenbericht.)

Im heutigen geheimen Konsistorium hielt der Papst eine viel bemerkte Ansprache, in der er seine Genugtuung über den Verlauf des Heiligen Jahres aussprach, das verbrecherische Attentat gegen Mussolini verurteilte und die Unversöhnlichkeit des Vatikans hinsichtlich der römischen Frage betonte. Er sagte u. a. folgendes: „Die Gläubigen aus allen Teilen der Welt haben sich durch den Augenschein davon überzeugen können, daß die Lage, in der sich das Oberhaupt der katholischen Kirche befindet, nicht seinem Rang als höchste Autorität einer universalen und in ihrer Art vollkommenen Gemeinschaft entspricht, wie sie die Kirche ihrem Wesen nach als göttliche Einrichtung darstellt. Wenn die Pilger selbst auch Bewegungsfreiheit besaßen, so mußten sie doch bemerken, daß sie sich dem Vikar Christi nur nähern konnten, indem sie durch Tore schritten, die er selbst nicht durchschreiten kann und darf, solange die gegenwärtigen Verhältnisse die gleichen bleiben." Der Papst schloß, indem er seine Befriedigung über den Abschluß der Konkordate mit Bayern und Polen ausdrückte.

„Wozzeck."

Uraufführung in der Staatsoper.

Lange Jahre hindurch hat Alban Berg, der Komponist des Büchnerschen „Wozzeck", auf eine Aufführung seines Werkes warten müssen. Vor kurzer Zeit noch wurde es für unaufführbar gehalten, aber ein starker Wille und eine von suggestiven Kräften erfüllte Persönlichkeit überwindet alle Schwierigkeiten.

Die gestrige Uraufführung des „Wozzeck" durch die Staatsoper war dafür ein lebendiger Beweis.

Der menschliche und künstlerische tief ergreifende Inhalt dieser musikalischen Dramaturgie erstand in aller Reinheit und Schönheit, enthüllt durch Erich Kleibers fast unbegreifliche Fähigkeit, auch Kompliziertes noch einfach zu gestalten.

Ueber das Werk, das mannigfache Probleme aufrollt, wird noch einiges zu sagen sein. Hier sollen nur noch die Namen der Künstler stehen, die neben Kleiber mit dem Einsatz aller Energie das Gelingen der großen Aufgabe sicherstellten: Leo Schützendorf, Waldemar Henke, Sigrid Johannson, Martin Abendroth, Fritz Soot, Ernst Osterkamp.

Herrliche Bilder von großer Stimmungskraft schuf Aravantinos, die schwierigen regietechnischen Probleme löste Fritz Ludwig Hörth. Scb.

Die Locarno-Verträge in Genf.

Deponierung beim Völkerbundssekretariat.

sch. **Genf**, 14. 12. (Eigenbericht.)

Nach der heute erfolgten Beilegung des griechisch-bulgarischen Grenzkonflikts im Völkerbundsrat (siehe das Genfer Telegramm an anderer Stelle. — Red.) erschien, ohne offiziell auf dem Programm gestanden zu haben, Locarno auf dem Tapet. Chamberlain legte die allgemeinen Verträge von Locarno in die Hände des Generalsekretariats und Paul-Boncour fügte die bekannten Sonderverträge zwischen Frankreich und den Oststaaten hinzu, ohne dadurch scheinbar die im Geiste von Locarno gehobene Stimmung der Versammlung wesentlich zu beinflussen. Um so mehr beglückwünschten alle anwesenden Ratsmitglieder einander gegenseitig, den Völkerbund und die gesamte Welt zu dem Ergebnis und zur historischen Stunde.

Chamberlain

sagte u. a.: „Indem ich diese Dokumente dem Vertreter des Rates übergebe und sie unter die Obhut des Völkerbundes stelle, möchte ich noch betonen, daß die unmittelbar daran interessierten Mächte in eine neue Phase ihrer Beziehungen eingetreten sind. Mit dem Wunsche, sorgfältig jede Art von Herausforderung oder Beleidigung zu vermeiden, haben sie sich gegenseitig den Frieden garantiert und sie haben so dazu beigetragen, den Weltfrieden zu stabilisieren und unseren Völkern Ruhe und Vertrauen zu geben. Indem wir diese Aktenstücke unter die Obhut des Völkerbundes stellen und dem Völkerbund damit alle jene Autorität, die durch die Verträge geschaffen wird, übertragen, haben wir, wenn wir weiter an die Vereinbarungen zwischen Deutschland und den anderen Mächten, wonach Deutschland in den Völkerbund eintreten soll, denken, ein Werk vollbracht, das dazu beitragen wird, die Autorität und Kraft des Völkerbundes zu vermehren und zu erhöhen."

Paul-Boncour verlas folgendes

Telegramm Briands:

„Im Augenblick, wo die in Locarno ausgearbeiteten Verträge in den Archiven des Völkerbundes niedergelegt werden, liegt mir daran, von Paris aus, wo ich durch die gebieterischen Pflichten meines Amtes zurückgehalten werde, mich den Gefühlen anzuschließen, die Sir Austen Chamberlain mit seiner hohen Autorität zum Ausdruck bringen wird. Frankreich ist stolz, seine Unterschrift unter diese Verträge gesetzt zu haben, die seinen Willen zur Aufrechterhaltung des Friedens besiegeln. Das friedensfördernde Werk des Völkerbundes, in dessen Schoß wir Deutschland bald aufnehmen zu können hoffen, kann durch den Abschluß dieser Verträge von Locarno nur erleichtert und gestärkt werden. Diese Verträge, die auf den Bestimmungen des Völkerbundpaktes fußen, sind dazu bestimmt, unter den Staaten, die sie unterzeichnet haben, normale Beziehungen zu eröffnen, die auf dem gegenseitigen Wunsch der Versöhnung durch die Achtung der Verträge und der Rechte jedes einzelnen gestützt sind."

Paul-Boncour

fügte dann u. a. noch folgende Worte hinzu: „Die Verträge von Locarno sind, wie Briand in seinem Telegramm sagt, die Anwendung der Grundsätze und Bestimmungen des Völkerbundpaktes und gleichzeitig seine Durchführung. Da ihre Bestimmungen auf jene Grundsätze abzielen, so können sie in Wirklichkeit nicht außerhalb des Rahmens der übrigen Bestimmungen des Völkerbundpaktes und der ständigen Aktion des Völkerbundes und seines Rates stehen. Das ist für den Völkerbund und für uns alle, die seit seinem Bestehen ihre Kraft und ihren Glauben für ihn eingesetzt haben, die schönste Belohnung, da der Inhalt seiner Lehre und seine Nützlichkeit heute ihre Besiegelung erhalten. Ausgehend von den Grundsätzen und Bestimmungen des Völkerbundpaktes bleibt die Anwendung der Verträge von Locarno notwendigerweise auch der Entwicklung seiner Grundsätze und Bestimmungen unterworfen."

Benesch und Hymans feierten besonders die großen Staatsmänner, Ishiis Rede fiel durch wirkliche Herzlichkeit auf. Er sagte, der Eintritt Deutschlands als Großmacht in den Völkerbund werde von Japan auf das lebhafteste begrüßt. Quinones hofft auf ähnliche Verträge für Spanien, während Guani und Mello Franko von der Universalität des Völkerbundes sprachen. Das Schlußwort hatte

Ratspräsident Scialoja,

der von den großen in Locarno überwundenen Schwierigkeiten und von der Selbstlosigkeit Italiens sprach. Der Schlußsatz seiner Rede verdient besonders hervorgehoben zu werden. Er lautet: „Ich glaube, daß meine Kollegen meinen Vorschlag annehmen werden, unsere Freude unseren abwesenden Kollegen Polens und Deutschlands dadurch auszudrücken, daß wir das Protokoll über diesen Teil der Sitzung den Regierungen von Polen und Deutschland übersenden und die Hoffnung aussprechen, unsere Gefühle den deutschen Vertretern gegenüber bald mündlich bekanntgeben zu können." Die verschiedenartige Betonung Deutschlands und Polens erregte großes Aufsehen.

Liquidation des griechisch-bulgarischen Grenzkonfliktes.

sch. **Genf**, 14. 12. (Eigenbericht.)

Die heutige Völkerbundsratssitzung begann um 10 Uhr. Chamberlain erstattete ein ausführliches Referat über die Lösung des bulgarisch-griechischen Konflikts, wobei er beantragte, den Bericht des Präsidenten der Ententekommission, Sir Rumbold, in seiner ganzen Ausdehnung anzunehmen, also auch in jenen Teilen, die sich mit der Einführung je eines neutralen Offiziers auf beiden Seiten der Grenzen befassen, sowie in jenen, die der griechischen Regierung empfehlen, die nach Bulgarien geflüchteten griechischen Untertanen bulgarischer Rasse zu entschädigen. Die schwedische Regierung scheint bereit, die Offiziere zu stellen. Kalfoff und Remtis erheben keine weiteren Einwendungen, es bleibt also bei der Griechenland diktierten Zahlung von 30 Millionen Lewa.

sx. **London**, 14. 12. (Eigenbericht.)

Das Gutachten der irischen Grenzkommission, das bisher bei Baldwin im Schreibtisch lag, ist nunmehr mit großem Pomp im Kolonialministerium, zu der Irland als Dominion gehört, begraben worden. Die Ueberführung geschah unter großen Vorsichtsmaßregeln.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Die Kriegsgefahr im Nahen Osten.

Paris argwöhnt geheime Abmachungen.

a. **Paris**, 14. 12. (Eigenbericht.)

Die französische Hauptstadt beherbergt seit Ende voriger Woche ein paar politische Gäste, die, einzeln genommen, sehr interessant sind, aber in ihrer Gemeinschaft etwas Beunruhigendes bedeuten. Der türkische Außenminister Tewfik Ruschdy Bey ist, wie bereits kurz gemeldet, am Sonntag früh in Paris angekommen. Er traf hier mit den türkischen Botschaftern in Paris und London zusammen, um mit ihnen über die Mossulfrage zu konferieren. Bis dahin scheint die Sache unauffällig zu sein, aber es fügt sich, daß bekanntlich auch Herr Tschitscherin gegenwärtig in Paris weilt. Bisher ist nicht bekannt geworden, daß die türkischen und russischen Außenminister miteinander in direkte Fühlung getreten sind, aber das will natürlich nicht viel besagen; jedenfalls befürchtet man in hiesigen politischen Kreisen, daß Ruschdy Bey sich nicht so sehr wegen seiner türkischen Freunde, auch nicht wegen Briand, als vielmehr wegen Tschitscherin nach Paris hingezogen fühlte, und daß sich plötzlich hier

eine Art unsichtbare Konferenz

zusammengefunden hat, auf der die Sorge um die Erhaltung des Friedens vermutlich nur eine untergeordnete Rolle spielen dürfte.

Inwieweit diese Besorgnisse berechtigt sind, läßt sich vorläufig nicht beurteilen. Tatsache ist jedoch, daß der Mossulkonflikt auf französischer Seite mit steigender Besorgnis betrachtet wird, und daß nach Ansicht unterrichteter Kreise unbestreitbar eine neue Kriegsgefahr im Orient besteht. Wir haben bereits früher berichtet, daß sich die französische Politik durch die Zuspitzung der englisch-türkischen Spannung in eine äußerst peinliche Lage versetzt sieht. Paris muß natürlich den Londoner Standpunkt in Schutz nehmen, legt andererseits aber auch auf die türkische Freundschaft großen Wert und muß schließlich befürchten, daß ein Krieg im Irak sofort in Syrien und Marokko neue militärische Unternehmungen notwendig machen würde, die es angesichts seiner inneren Lage und seiner finanziellen Schwierigkeiten im Augenblick durchaus nicht brauchen kann. Das Ganze ist eine sehr unangenehme Geschichte, die Herrn Briand nicht geringes Kopfzerbrechen bereiten mag. Und am Peinlichsten ist vielleicht die Empfindung, daß womöglich in Paris selbst von den interessanten fremden Gästen

die Lunte an das Pulverfaß gelegt

wird.

Im übrigen betont auch der „Temps", daß in dieser ganzen Rechnung Rußland der große Unbekannte ist. Die Sowjetregierung könnte bei einem englisch-türkischen Konflikt nicht unbeteiligt bleiben, da ihre ganze Politik darauf gerichtet ist, die Grundlage der britischen Macht zu erschüttern. Schon mit Rücksicht auf diese Haltung spricht der „Temps" die dringende Hoffnung aus, daß die Türken die Friedensratschläge der französischen Regierung beherzigen werden, eine Hoffnung, die allerdings recht unsicher zu sein scheint, solange die Türkei in einem Ohr die Stimme des Herrn Briand und im anderen diejenige des Herrn Tschitscherin höre.

Türkisches Rotbuch.

sch. **Genf**, 14. 12. (Eigenbericht.)

Die Geheimsitzung des Rates, an der England nicht teilnahm, hat bis 8 Uhr abends gedauert. Die Ratsmitglieder haben jede Auskunft abgelehnt. Die türkische Delegation verlautbarte um die gleiche Stunde ein Rotbuch mit 10 Dokumenten, die bis zum gestrigen Tage reichen. Hieraus ergibt sich nach einem Briefe des Generalsekretärstellvertreters Avenol an Ruschdy Bey vom Sonnabend, daß der Rat zwar verhandlungswillig sei, daß die Verhandlungsmittel und -gelegenheiten, welche sein Vorgehen ermöglichten, ohne Ergebnis geblieben seien, und daß er daher konstatieren müsse, daß seine vermittelnde und versöhnende Tätigkeit erfolglos geblieben sei.

Kleine Entente und ungarische Königsfrage.

Budapest, 14. 12. (Eigenbericht.)

Die Presse der Kleinen Entente und auch einige Wiener Blätter berichten über einen bevorstehenden Kollektivschritt der Mächte der Kleinen Entente in Budapest wegen der ungarischen Königsfrage. Die wahre Ursache dieser unbegründeten Aktion ist wohl der Genfer Mißerfolg des Herrn Benesch, der im Völkerbundsrat umsonst bemüht war, die Bewilligung zur Verwendung der Völkerbundsanleihe zu ungarischen Investierungen zu verhindern. Das neuerliche Aufbauschen der Königsfrage entbehrt jeder Grundlage, da diese Frage durch die Erklärungen des Ministerpräsidenten Bethlen in der ungarischen Oeffentlichkeit als erledigt betrachtet wird. Die bei den Haaren herbeigezogene Aktion Beneschs wurde übrigens noch vor den Genfer Verhandlungen in einem Prager Blatte als Drohung angekündigt, falls es der Kleinen Entente nicht gelingen sollte, ihren Standpunkt hinsichtlich der Investitionsanleihe durchzusetzen.

Arbeitslosendemonstration in Warschau.

Warschau, 14. 12. (W. T. B.). Heute vormittag kam es hier an verschiedenen Punkten der Stadt zu Zusammenrottungen von Arbeitslosen. Eine Gruppe von 300 Mann, die vor dem Landtagsgebäude zu demonstrieren suchte, wurde von der Polizei an der Ausführung ihrer Absicht verhindert. Immerhin gelang es einer fünfköpfigen Abordnung, dem Sejm-Marschall Rataj die Forderungen der Arbeitslosen vorzutragen. Zu Ruhestörungen ist es nirgendwo gekommen.

Das Befriedigungsrecht der amerikanischen Inhaber deutscher Schatzscheine.

Washington, 14. 12. (W. T. B.) Die amerikanische Regierung drang bei dem Obersten Gerichtshof nicht mit ihren Bemühungen durch, die amerikanischen Inhaber deutscher Schatzscheine daran zu hindern, ihre Ansprüche aus den Guthaben der deutschen Regierung zu befriedigen. Es handelt sich um die Guthaben, die seinerzeit vom Treuhänder für das feindliche Eigentum beschlagnahmt waren.

Internationale Radiokonferenz.

Brüssel, 14. 12. (W. T. B.) Heute begann hier der internationale Radiokongreß, dessen wichtigste Aufgabe die Vornahme einer planmäßigen Verteilung der Wellenlängen sein wird und der sehr wahrscheinlich auch die Zahl der Sendestationen begrenzen wird. Die heutige Sitzung war einer ersten Untersuchung der Frage gewidmet. Elf Länder sind vertreten, darunter Deutschland.

Kabinettsumbildung in Paris.

Loucheurs Stellung stark gefährdet.

a. **Paris**, 14. 12. (Eigenbericht.)

Das neue Sinken des Frankenkurses — das Pfund ist heute auf 134,60 angelangt — und die allgemeine Unsicherheit der parlamentarischen Lage geben hier abermals zu allerhand Gerüchten Anlaß, nach denen mehr oder minder sensationelle Maßnahmen der Regierung bevorstehen sollen. Richtig scheint dabei zu sein, daß Briand sich inzwischen mit dem Gedanken trägt, sein Kabinett nach rechts hin zu erweitern und ihm mit Rücksicht auf die sehr verworrenen innerpolitischen Verhältnisse noch deutlicher den Charakter eines Konzentrationskabinetts zu geben. Angeblich sollen die radikalen Linken, sowie die Linksrepublikaner im Kabinett größeren Einfluß erhalten. Die Opposition der Rechten würde dann nur noch aus zwei Gruppen mit zusammen etwa 150 Abgeordneten bestehen. Die Widerstände auf dem linken Flügel der gegenwärtigen Regierungsmehrheit, besonders bei den sozialistischen Radikalen, gegen eine solche Maßnahme sind natürlich groß, da der Zusammenbruch des Kartells dadurch noch gründlicher werden müßte. Trotzdem wird behauptet, daß Briand diese Entwicklung beschleunige und seine Pläne möglicherweise noch im Laufe dieser Woche durchführen wolle.

Erhebliches Aufsehen erregt auch eine Rede des sozialistischen Führers Renaudel, die ebenfalls auf die neuerstandene Spannung der inneren Lage hindeutet. Renaudel glaubte prophezeien zu können, daß in den nächsten Tagen bedeutsame Ereignisse zu erwarten seien, und daß sich die Linksparteien sofort zu einer gemeinsamen Aktion zusammenfinden müßten, wenn sie die Bildung einer Rechtsregierung verhindern wollten.

Daß sich in der Kammer eine neue Mehrheitsbildung vorzubereiten scheint, geht auch aus mehrfachen Nachrichten über Veränderungen in der Parteigruppierung und in Neubildungen hervor. U. a. ist unter Führung des Abgeordneten Peret eine neue Parteigruppe in der Bildung begriffen, die sich aus Mitgliedern verschiedener Gruppen der Mitte zusammensetzen wird und die Festigung der Regierungsautorität zu ihrem Parteiprogramm machen will. Die neue Gruppe dürfte etwa 40 Mitglieder zählen.

Sollte eine Umbildung des Kabinetts zustandekommen, so dürfte in erster Linie Loucheur, dessen parlamentarische Stellung sehr schwach ist, über Bord gehen. In bezug auf seine Nachfolgerschaft werden bereits mehrere Namen genannt, darunter Bokanowski, der Finanzredner der Rechten.

Loucheurs Finanzplan vom Kammerausschuß abgelehnt.

a. **Paris**, 14. 12. (Eigenbericht.)

Die Finanzkommission der Kammer hat mit 16 gegen 6 Stimmen die Projekte des Finanzministers Loucheur, soweit dieselben die neuen Steuern betreffen, zurückgewiesen, und zwar auf Grund eines Antrages Renaudels, der bedingungslose Ablehnung der Steuervorschläge Loucheurs verlangte. Ein Antrag des Sozialisten Auriol, der die Zurückweisung der Projekte mit der Einschränkung verlangt, daß die Kommission sich bereit erklären sollte, weiterhin dem Finanzminister ihre Mitarbeit für die Herbeiführung neuer Projekte zu sichern, wurde fast einstimmig angenommen.

In parlamentarischen Kreisen wird dieses Ereignis der heutigen Beratungen der Finanzkommission als vollständiger Schiffbruch Loucheurs hinsichtlich seiner neuen Steuermaßnahmen angesehen, und man beschäftigt sich bereits ernstlich mit der Frage, welche Folgerungen Loucheur aus dieser Tatsache ziehen wird.

Frankreichs Finanznot und die deutschen Sachlieferungen.

Paris, 14. 12. (W. T. B.) Bei der Beratung des Budgets des Ministeriums für Oeffentliche Arbeiten lenkte heute nachmittag in der Kammer der Abgeordnete Le Trocquer die Aufmerksamkeit auf das von ihm im Jahre 1922 ausgearbeitete Programm öffentlicher Arbeiten, das Deutschland durch Reparationen habe durchführen sollen. Im Dawes-Plan sei vorgesehen, daß Deutschland gewisse Sachlieferungen zu leisten habe. Sei die jetzige Regierung geneigt, die Sachlieferungen gemäß den Bestimmungen des Dawes-Planes vollständig auszunutzen, dann sei hierzu durch sein Programm Gelegenheit geboten. Der Minister für Oeffentliche Arbeiten, de Monzie, erklärte, er sei durchaus dafür, die Sachleistungen auch in Hinsicht auf die öffentlichen Arbeiten auszunutzen. Aber um das durchführen zu können, brauche man Geld. Er müsse also erklären, daß das von Le Trocquer angeführte Programm eigentlich die Kompetenz seines Ministeriums übersteige; es sei vielmehr eine Angelegenheit des Finanzministeriums.

Der deutsch-italienische Handelsvertrag.

fr. **Mailand**, 14. 12. (Eigenbericht.)

Morgen läuft die Frist ab für den Austausch der Ratifikationsurkunden über den neuen Handelsvertrag zwischen der italienischen und deutschen Regierung. Das italienische Parlament hat noch nicht den Vertrag genehmigt, obwohl der parlamentarische Ausschuß unter dem Vorsitz des Kriegsministers Paratore den Vertrag bereits gutgeheißen hat. In der italienischen Presse erwartet man daher eine nochmalige Verlängerung des gegenwärtigen modus vivendi.

Die englische Schwerindustrie fordert Schutzzölle.

sx. **London**, 14. 12. (Eigenbericht.)

Dem Unterhaus ist heute ein Antrag der Eisen- und Stahlindustrie zugegangen, auf Grund des Industrieschutzgesetzes die Verhältnisse dieser Industrie durch einen Ausschuß untersuchen zu lassen und Zölle einzuführen. Der Antrag wurde von 200 Firmen mit einem Gesamtkapital von 135 Millionen Pfund gestellt. Im einzelnen wird festgestellt, daß 25 Prozent der Arbeiter unbeschäftigt sind. Von 482 Hochöfen sind nur 136 in Betrieb. Die Erzeugung von Roheisen liegt 66 Prozent, die von Stahl sogar 96 Prozent unter der Vorkriegserzeugung, obgleich die Produktionsmöglichkeiten in der Zwischenzeit um 50 Prozent gestiegen sind. Wenn der 1924 importierte Stahl in England hergestellt worden wäre, so hätte das Arbeit für mehr als 100 000 Mann gegeben und der Staat hätte 7 Millionen Pfund an Arbeitslosenunterstützung sparen können. Die Erzeugung der importierten Stahlmenge in England wäre dagegen nur 4 Millionen Pfund teuerer gewesen, als der Import gekostet hat.

Russische Protestnote an Tokio.

„Keine japanfeindliche Politik in Ostasien."

Tokio, 14. 12. (Sonderdienst der DAZ.)

Der russische Botschafter Kopp hat dem japanischen Außenminister Schidehara heute eine Verbalnote überreicht. Er wendet sich gegen die Gerüchte, die Rußland verdächtigen, eine Politik zu treiben, die den russisch-japanischen Beziehungen abträglich sein könnte, und erklärt im Namen der russischen Regierung, daß die Sowjetunion im Orient keine Angriffsabsichten verfolge und nicht die Absicht habe, die japanischen Interessen zu bedrohen. Trotz aller Gerüchte ist in Japan die Tendenz, in China zu intervenieren, nicht im Wachsen begriffen. Die Propaganda der Opposition, die Kato vorwirft, China gegenüber zu wenig Rückgrat zu zeigen, ist eine rein politische Intrige, in der Absicht, die Regierung zu stürzen. Die Führer der Opposition haben Kato persönlich aufgesucht, der es aber ablehnte, irgendein Einschreiten gegen China in Erwägung zu ziehen. Kato sagte, es stehe China völlig frei, sich nach Sowjetart zu organisieren, wenn es das wolle. Die Niederlage Chang Tso-lins gehe Japan an sich nichts an. Diese Regierung sei auf alle Notfälle vorbereitet. Er fragte die Oppositionsführer, gegen wen sie eigentlich vorschlügen, Truppen zu schicken.

Der Generalstab ist, wie gemeldet wird, damit beschäftigt, die Transportfragen zu untersuchen. Ein Regiment soll in Kurama bereitstehen, um im Notfall eingeschifft zu werden. Graf Goto hat erklärt, daß die sogenannte japanische Neutralitätspolitik die äußerste Torheit sei. General Matsui, der japanische Ratgeber Chang Tso-lins, ist in Japan eingetroffen, um die Regierung zur Intervention zu drängen. Die Regierung hätte von Anfang an den größten Fehler gemacht, als sie General Kuo nicht hinderte, über Schan Haikwan hinaus vorzurücken. Der japanische Kriegsminister versichert wiederholt, daß für den Notfall alles vorbereitet ist.

Japanische Kriegsschiffe nach Tientsin.

sx. **London**, 14. 12. (Eigenbericht.)

Nach Meldungen aus Tokio hat Japan zwei Torpedoboote von Port Arthur nach Tientsin geschickt. Als Zweck der Reise wird angegeben, daß die Boote Lebensmittel für die japanische Kolonie nach Tientsin bringen sollen, da dort infolge der sich rund um die Stadt hinziehenden Kämpfe die Versorgung der ausländischen Niederlassungen gefährdet sei. Die japanische und die amerikanische Botschaft in Peking haben mit Automobilen Lebensmittel zur Versorgung der Passagiere geschickt, die auf der Eisenbahnstrecke Peking—Tientsin aussteigen mußten.

Ebenfalls aus Tokio wird gemeldet, daß alle Frauen und Kinder der Ausländer Mukden verlassen haben und daß weitere Generale Chang Tso-lins von ihm abgefallen sind.

*

Riga, 14. 12. (Sonderdienst der DAZ.)

Tschitscherin wird in Begleitung Rakowskis noch in dieser Woche in Moskau zurückerwartet und wird sofort mit den führenden Parteivertretern, die zurzeit dort zum Kommunistischen Parteikongreß versammelt sind, eine Konferenz über die Vorkriegsschulden abhalten. Diese Konferenz soll einen Bericht an den Parteikongreß ausarbeiten, den Tschitscherin wahrscheinlich selbst dort vortragen wird. Neben den europäischen Fragen beschäftigen die Verhältnisse in der Mandschurei am stärksten das politische Interesse. Man will einerseits den Chinesen Freundschaft bezeugen, fürchtet aber andererseits Komplikationen mit Japan.

Die Lohnverhandlungen bei der Reichsbahn gescheitert.

Die Verhandlungen, die am Montag zwischen der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft und den Tarifgewerkschaften der Eisenbahner wegen der von dem Personal geforderten allgemeinen Lohnaufbesserung gepflogen wurden, sind ergebnislos abgebrochen worden. Wie wir von gewerkschaftlicher Seite hören, lehnten die Vertreter der Reichsbahngesellschaft jede Aufbesserung der Bezüge ab, obwohl sich die Eisenbahnerorganisationen bemühten, eine Verhandlungsbasis zu schaffen. Die Organisationen der Eisenbahner werden sofort zu dem negativen Ergebnis der Verhandlungen Stellung nehmen, und es ist nach Lage der Dinge zu erwarten, daß man sich an den Reichsarbeitsminister mit dem Ersuchen, ein Schlichtungsverfahren in die Wege zu leiten, wenden wird.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

Devisenkurse von 3 Uhr nachmittags

	14. 12.	12. 12.		14. 12.	12. 12.
Tägl. Geld	5%	nom.	Amsterd.	40.12	40.17
Berlin	23.80–23.82	23.80–23.8	Zürich	19.28	19.28
			Oslo	20.30	20.36
London			Kopenh.	24.90	24.92
Kabel Tr.	4.85,00	4.85,00	Prag	2.96	2.96
Lond. 60T.	4.80,12	4.80,25	Rom	4.03½	4.04¼
Paris	3.61,00	3.65,50	Madrid	14.20	14.20
Brüssel	4.52,75	4.53,50	Silber	69	68⅜

New York, Produktenmarkt.

	14. 12.	12. 12.		14. 12.	12. 12.
Kaffee Santos 1	22¼	22	[illegible]	–.–	–.–
" Rio 7	17	17	Bessemer Stahl	35.00	–.–
" Dezbr.	16.65	16.65	Schmalz Westl.	14.95	15.10
" März	16.47	16.40	Talg	10⅛	10
" Mai	16.38	16.28	[illegible]	10.20	10.20
" Juli	16.15	16.03	" Jan.	10.09	10.13
" Septbr.	15.69	15.50	Petroleum Stand.	17.90	17.90
Baumwolle lo.	19.35	19.50	" Tanks	7.50	7.50
" Januar	18.58	18.70	" [illegible]	14.50	14.50
" März	18.80	18.90	Pennsylv. Rohöl	3.65	3.65
" April	18.66	18.75	Zucker Dezbr.	2.27	2.25
" Mai	18.55	18.64	" Januar	2.29	2.24
Zufuhren	66 000	51 000	" März	2.33	2.33
Kupfer elektr.	14·14¼	geschlossen	Rohseide [illegible]	102½	102¾
Zinn	63.00		" [illegible]	104	105⅜
Blei	9.25		" [illegible]	101	101
Zink	8.72		Terpentin	105	105⅜
Weißblech	5.50		" Savannah	94	97
Eisen	20.75		Baumw. N. Orl.	18.81	18.88

	14. 12.	12. 12.		14. 12.	12. 12.
Weizen, rot.	184¼	186	Fracht. Getr.	7.75 8.25	7.75 8.25
Hartweizen	186½	187	[illegible]	3/0-3/6 sh	3/0-3/6 sh
Mais	92½	92¼	[illegible]	13-16 cts	13-16 cts

Chicago, Produktenmarkt.

	14. 12.	12. 12.		14. 12.	12. 12.
Weizen Dez.	167¼	168¼	Schmalz März	14.07½	14.12½
" Mai	163¾	165⅛	Rippen Januar	14.00	14.30
" Juli	145	147⅝	" [illegible]	14.74	14.87½
Mais Dez.	77	77⅜	[illegible]	11.00	10.85
" Mai	84¼	84⅜	Schweine leicht	11.00	11.10
Hafer Dez.	40⅛	41⅛	" schwer	10.10	10.30
" Mai	44½	45	[illegible]	10.50	10.65
Roggen Dez.	96	96¼	Zufuhr Chicago	60 000	4 000
" Mai	94	95	" Westen	160 000	35 000
Schmalz Jan.	14.15	14.25			

Die knappschaftliche Versicherung.

Von
Ministerialdirektor Grieser
(Reichsarbeitsministerium).

Das Reichsknappschaftsgesetz ist kaum zwei Jahre alt, und schon liegt dem Reichstag ein Abänderungsentwurf vor. Ist das Gesetz etwa falsch angelegt oder passen einzelne Vorschriften nicht mehr in die neuen Verhältnisse? Der Grundriß ist tragfähig; es ist sogar ein besonderes Verdienst, daß das Gesetz die vielen selbständigen, für sich allein aber schwachen landesrechtlichen Knappschaftsvereine zu einem Träger zusammenfaßte und bei ihm alle Arbeitnehmer im Bergbau gegen Krankheit, Berufsunfähigkeit und Invalidität versichert. Nur die Unfallversicherung der Bergleute führt ein Sonderdasein. Der Zusammenhang der Dinge und das Segensreiche gemeinsamer Verwaltung spricht zwar für die Vereinigung der Berufsgenossenschaft mit dem Reichsknappschaftsverein, das Hindernis liegt aber im Verfassungsunterschiede: die Verwaltung in der Knappschaft ist demokratisch und verteilt die Gewalten gleichmäßig auf Unternehmer und Arbeiter, in der Unfallversicherung liegt die Verwaltung in der Hand der Unternehmer.

Das Reichsknappschaftsgesetz hat Lücken und Fehler; das stellte sich bei seiner Durchführung heraus. Es war z. B. Herkommen, auch den Angehörigen der Bergleute freie ärztliche Behandlung und zeitlich begrenzte Krankenhauspflege zu gewähren. Die Unternehmer hielten aber die Versicherung im ganzen für überspannt und glaubten deshalb, mit dem bevölkerungspolitisch wertvollen Herkommen brechen zu müssen. Im Verhältnis zu den übrigen reichsgesetzlichen Krankenkassen wurde die knappschaftliche Krankenversicherung eine Unterversicherung, obwohl im ersten Halbjahr 1924 die Ruhrknappschaft 8 v. H. des Grundlohnes als Beitrag erhob. Da die Verwaltung versagte, schreibt der Gesetzentwurf die Familienkrankenpflege als Pflichtleistung vor. Die Kosten, die dadurch entstehen, sind kaum echte Mehrausgaben, weil nur der frühere Zustand und die Uebereinstimmung mit der Krankenversicherung außerhalb des Bergbaus hergestellt wird.

Dagegen hat sich die knappschaftliche Pensionsversicherung stellenweise zu einer Ueberversicherung entwickelt. Pension erhält, wer berufsunfähig ist, aber auch schon der Bergmann mit 50 Lebens- und 25 Dienstjahren, wenn er 15 Jahre unter Tage gearbeitet hat und keine gleichwertige Lohnarbeit mehr verrichtet. Sie richtet sich für alle Bergleute, auch für die über Tage, nach dem jeweiligen Hauerdurchschnittslohn und beträgt bei 25 Dienstjahren 40 v. H. dieses Lohnes. Bei Entstehung der Pensionsvorschriften — Sommer 1923 — lag aber infolge des Währungsverfalles die allgemeine Sozialversicherung, insbesondere die Invaliden-, Angestellten- und Unfallversicherung am Boden, ihre Leistungen waren fast bis zur Bedeutungslosigkeit gesunken. Heute erhält der Bergmann mit einem versorgungsberechtigten Kinde aus der allgemeinen Invalidenversicherung rund 40 Mark und der Steiger aus der allgemeinen Angestelltenversicherung 60 bis 70 Mark im Monat. Auch aus der Wiederherstellung der Unfallversicherung hat der Bergmann seit 1. Juli 1925 neue Versicherungsvorteile. Die Novelle versucht daher, die besondere Berufsversicherung der Bergleute auf diese neuen Gesetze abzustimmen. Damit haben sich im vorläufigen Reichswirtschaftsrat auch Vertreter der Bergleute, wenigstens dem Grunde nach, einverstanden erklärt. Wozu wird dann aber nach einem Unglück im Bergbau die Witwe mit den 5 Kindern, deren Renten höher seien als der Lohn des getöteten Ernährers, noch in den Zeitungen vorgestellt? Wozu dann immer wieder Abhandlungen über „Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage"? Aber wenn schon, warum unterbleibt dabei der Hinweis auf die für die Hinterbliebenen geltende Kürzungsvorschrift im § 77 des Knappschaftsgesetzes und auf den Inhalt der vor einem halben Jahre vorgelegten und allgemein bekannten Novelle?

Die Novelle verlangt für die Alterspension 55 Lebensjahre und das Ausscheiden aus dem Bergbau; sie kürzt sie um 40 % gegenüber der Invalidenpension. Von den Altersrentnern trafen $^{9}/_{10}$ (26 700 Mann) auf die Ruhr und nur $^{1}/_{10}$ (3300 Mann) auf die übrigen Reviere. Die 18 000 Altersrentner, die der Ruhrbergbau wenigstens zeitweilig weiterbeschäftigte, haben in der Geschichte der Knappschaft eine gewisse Berühmtheit erlangt. Vor Einbringung der Novelle gehörten sie zum Arsenal im Kampfe gegen die Altersversicherung überhaupt. Als zur Erleichterung des Bergbaus der Entwurf für die Alterspension das Aufgeben der Arbeit im Bergbau vorschrieb, wurde geltend gemacht, von den 18 000 Mann seien 60 % wirklich invalide; der Entwurf bringe daher nur eine geringe Entlastung. Im Sommer d. J. erklärte der Reichsknappschaftsverein die halbe Pension für eine Gemeinlast des gesamten Bergbaus. Da wurden in den Revieren außerhalb der Ruhr selbst Bergleute unruhig; sie sähen nicht ein, warum sie für Pensionsempfänger, die noch in Arbeit stünden, Beiträge zahlten. Die 18 000 Mann wurden eine akute Gefahr für die Solidarität in der Knappschaft, so daß der Reichsknappschaftsverein den Beschluß wieder aufhob. Auch die Gewerkschaften gerieten in Sorge, weil die Beschäftigung einer so großen Zahl von Pensionsempfängern unter Umständen als ein Mittel für Lohndruck verwendet werden könne. Das zeigten die letzten Verhandlungen im Preußischen Landtage hervor. Durchsichtig liegen die Dinge nicht; sicher ist, daß der Bergbau aus der Beschäftigung von 18 000 beitragsfreien Pensionsempfängern 300 000 bis 350 000 Mark Monatsbeiträge spart. Es wurde sogar bekannt, daß einzelne Zechen, auch unter Tage, eine allerdings geringe Zahl von Arbeitern verwendet, die invalide im Sinne der Reichsversicherungsordnung und deshalb auch für die Invalidenversicherung beitragsfrei waren. Sicher ist wohl auch, daß diese Beschäftigungspolitik die Kreise einer geordneten Erwerbslosenfürsorge stört. Vom Februar bis zum Herbst d. J. mußten wegen der Stockung im Absatz der Steinkohle rund 70 000 Mann aus dem Ruhrbergbau ausscheiden. Wieviel Pensions-